

Superwahljahr 2021 – Zeit für frische Ideen!



Liebe Schweriner,

in der Coronakrise zeigte sich, wie wichtig eine starke und konstruktive Opposition ist. Es ist überfällig, dass wieder Vernunft in die Politik einzieht. Die Bürger haben genug ertragen! Pandemie-, Wirtschaftshilfe- und Impfplan von SPD und CDU: alles krachend gescheitert.

Die Bürger können sich sicher sein, dass wir jede Millimeterbewegung der Regierung stets vollumfänglich hinterfragen, Rechenschaft einfordern und den Finger in die Wunde legen.

Die Coronakrise belastet Bundes- und Länderkassen allein im Jahr 2020 mit insgesamt rund 1,3 Billionen Euro¹. Hinzu kommen Kosten aus dem jetzigen Jahr, Bildungsdefizite bei Schülern und Studenten und weitere soziale Folgen. Die AfD hat von Beginn an ein Vorgehen mit Augenmaß gefordert, um vulnerable Gruppen und das gesellschaftliche Leben zu schützen.

Wir bleiben dabei: konsequenter Schutz der Risikogruppen, regional begrenzte Maßnahmen statt eines allgemeinen Lockdowns, ausreichend Impfstoff für Impffreiwillige, Eigenverantwortung statt Bevormundung! Dass die AfD wirkt und Recht hat, zeigt das zaghafte Einschwenken der Landesregierung auf unseren Kurs.

Unsere Stadtvertreter bleiben kritisch und unsere Partei ist vor Ort Ansprechpartner für die Bürger. Auf der Straße, in den demokratischen Gremien und in den Medien verhindern wir den Irrsinn der Altparteien. Wir lassen uns keine Angst einjagen!

Mit dem Sozialparteitag 2020 in Kalkar hat sich die AfD ein Renten- und Sozialkonzept gegeben, welches eine echte Alternative zu der verfahrenen Politik von SPD und CDU der vergangenen Jahrzehnte ist. Für uns steht die Familie und eine faire Rente im Vordergrund. Altersarmut gehört mit unserem Konzept der Vergangenheit an, ein langes Arbeitsleben muss die Anerkennung erfahren, die es verdient!

Aber auch städtische Aktionen wie das Parkraumkonzept und Aktionen unseres AfD-Kreisverbandes wie „Bücher für Deutschland“ beleuchten wir in dieser Ausgabe. Lesen Sie auch die Vorstellung unserer beiden Direktkandidaten für den Landtag auf Seite 6 und 7.

Mit Ihrer Stimme werden wir unser schönes Schwerin und Mecklenburg-Vorpommern zum Guten verändern!

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Durchlesen!

Martin Schmidt und Petra Federau



Petra Federau ist Sprecherin des Kreisverbandes der AfD Schwerin und Vorsitzende der Stadtfraktion.



Martin Schmidt ist Sprecher des Kreisverbandes der AfD Schwerin.

Quelle:

¹rnd.de, Steven Geyer, Corona-Krise kostet Staat allein 2020 mehr als 1,3 Billionen Euro, 31.12.2020

Paulshöhe erhalten!

Sportplätze statt Bauplätze - Kultur im Herzen Schwerins erhalten!

> Seite 2.



Das Sozialkonzept der AfD

Unser Sozialkonzept für Deutschland - fair und zukunftsfähig!

> Seite 4 & 5.



Unsere Direktkandidaten für Schwerin

Unsere Direktkandidaten Martin Schmidt und Petra Federau stellen sich vor!

> Seite 6 & 7.



Schwerin und der Bahn-Fernverkehr

Unsere Landeshauptstadt besser an den Bahn-Fernverkehr anschließen!

> Seite 10.



Sportplätze sind keine Bauplätze!

Dieses trifft natürlich umso mehr für die Paulshöhe zu, die als aktiv bespielte Traditions-Sportstätte neben dem wichtigen sportlichen Aspekt auch noch einen idealen Wert für die Schweriner hat. Ein Erbe, welches gerade die Landeshauptstadt Schwerin, die ja bekannterweise Weltkulturerbe-Stadt werden möchte, erhalten müsste. Während aufgrund der wachsenden Einwohnerzahl woanders neue Sportplätze errichtet werden sollen, hält man bei der Paulshöhe weiterhin daran fest, diese abzureißen.

Da hier schon von einigen Wenigen attraktive Bauplätze anvisiert wurden, liegt die Vermutung sehr nahe, dass dieses der Grund ist, warum an dem Vorhaben, die Sportstätte Paulshöhe einzustampfen, insbesondere von der SPD mit einer nicht mehr nachzuvollziehenden Vehemenz festgehalten wird.

Dabei steht gerade dieser Ort für alles, was diese Stadt so dringend braucht. Integration und Miteinander. Dass dieses

genau hier auf dem Traditions-Sportplatz seit Jahren stattfindet, dass hier Integration gelebt wird, dass Sport verbindet, dass es hier keine Rolle spielt, ob jemand arm oder reich ist, das interessiert aber nicht mehr, wenn es doch darum geht, profitable Häuser und Anbauten für die Waldorfschule in Wassernähe bauen zu können.

Das Unverständnis für den geplanten Abriss der legendären Paulshöhe hat mittlerweile sogar zu einer deutschlandweiten Solidarität diverser Fußballvereine geführt. Paulshöhe gehört zu Schwerin!

Von meinen Urgroßeltern bis zu meinen eigenen Kindern haben bereits fünf Generationen diese historische Sportstätte nutzen können. Wie mir, so geht es natürlich sehr, sehr vielen Menschen hier in Schwerin. Wir wollen, dass auch in Zukunft noch viele Generationen hier Sport treiben und Zeit miteinander verbringen können.

Lassen wir es nicht zu, dass dieses Stück Kulturgut und Stätte des Sportes und der Begegnung dem heutigen, schnelllebigen Zeitgeist zum Opfer fällt.

Petra Federau



Bild: privat

Damit die Steckdosen voll bleiben

Werfen wir einen Blick voller Lob und Respekt auf unsere, die Schweriner Stadtwerke. Sie haben als höchstes Ziel – nein, nicht die „Klimarettung“, sondern die Versorgungssicherheit der Bürger. Man ist stolz, den saubersten fossilen Brennstoff einzusetzen und selbstverständlich auch regenerative Energien zu nutzen. Gleich zwei Zertifikate bestätigen den Stadtwerken höchste Effizienz und Nachhaltigkeit und die auf Perfektion angepassten Geschäftsprozesse in allen Bereichen, in denen das Unternehmen tätig ist. Z.B. ist der gesamte Fuhrpark erdgasbetrieben, eine Tiefengeothermieanlage ist im Bau und die Heizkraftwerke in Lankow und Schwerin-Süd werden modernisiert. Auch gesellschaftlich stellen sich die Stadtwerke sehr sympathisch dar und engagieren sich vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Oft am Limit, von Sonnen- und Windenergieanbetern verachtet, tragen sie jedoch eine immer größer werdende

Last. Im Februar 2020 hat die Stadtvertretung Schwerins mit knapper Mehrheit den Klimanotstand beschlossen.

Was nicht erkennbar ist, kann man beschließen. Die Gegenstimmen der AfD und einiger anderer Stadtvertreter haben nicht gereicht, diesen ideologischen Nonsense zu verhindern. Nun soll ein Klimakonzept erarbeitet werden, um Schwerins Energieversorgung bis 2035 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. Das Geothermieprojekt, Solarpark, Bio-Energie und Fernwärme sind leider nur ein kleiner Start eines noch langen ungeklärten Weges.

Während die Freitagshüpfer glauben, Luft und schulfrei reichen zum Leben, benötigen die Stadtwerke Gas. Die Nord Stream Leitungen liefern es. Nord Stream 2 ist kurz vor der Fertigstellung, was auf immer heftigere und bedrohlichere Gegenwehr stößt, von den USA, aber auch von den europäischen Bruderländern. Ob das der „new genuine Euro-

pean spirit“ ist? Wir, die AfD befürworten – genau wie unsere Landesregierung, das Projekt Nord Stream 2. In Deutschland brauchen wir eine Leistung von ca. 80 GW. Wind und Sonne liefern davon als gesichert und jederzeit verfügbar lediglich 1%. In der Dunkelflaute weht kein Wind und es scheint keine Sonne.

Nach dem Atom- und Kohleausstieg müssen mehr als die Hälfte der Kapazitäten ersetzt werden. Wodurch, wenn nicht durch Erdgas? Und der Bedarf wird durch E-Mobilität weiter steigen. So ist die Schaffung einer weiteren Erdgasleitung ein wichtiger Schritt, wenn diese Regierung die Energieversorgung und die Verantwortung für ein gesichertes Leben unserer Kinder ernst nimmt.



Bert Obereiner ist Abgeordneter der AfD-Fraktion im Landtag und Stadtvertreter.

Bert Obereiner

Die Parkgebühren werden erhöht? - Nicht mit uns!

Schon mehrfach geisterte es durch die Presse, dass die Parkgebühren erhöht werden sollen. Eine Begründung findet sich immer. Sei es, den chronisch leeren Stadtsäckel füllen, ein teures Wahlgeschenk oder blanke Autofeindlichkeit. Zusammen mit der zeitgleich angestossenen Neuordnung der Parkzonen ergibt sich eine dramatische Brisanz, die in Anbetracht der durch die Corona-Monate verursachten Schäden nicht zu gering geschätzt werden kann. Der Reihe nach. Manch einer erinnert sich noch an die



Bild: pixabay.de

Freude über den Beschluß, den kostenlosen Nahverkehr für Schüler unverzüglich einzuführen. Unsere mahrende Stimme, dass dies leider durch die Stadt nicht finanziert werden kann, verhallte.

Die Antragsteller brachten zur Kostendeckung neben der Streichung des Kurzstreckenfahrtscheins auch die Verdreifachung der Parkgebühren ins Spiel. Jedoch dürfen die Mehreinnahmen überhaupt nicht für dieses Projekt verwendet werden. Sie müssen zur Tilgung der städtischen Schulden genommen werden. So will es das CDUgeführte Innenministerium, so will es das Finanzministerium der SPD.

Was aber passiert, wenn die Parkgebühren soweit erhöht werden? Schon bei einer Verdoppelung wird mit 15 % weniger Parkenden gerechnet. Das sind dann auch weniger Kunden in der Innen-

stadt. Die Mehreinnahmen von geschätzt 800.000 € für die Stadt fehlen dann den kleinen Läden, Gaststätten und Künstlern. In diesen Zeiten ein fatales Signal.

Damit jedoch nicht genug. Auch die Neuordnung der Parkzonen steht an. Hier zeigt sich eine ganz klare Zielsetzung: Den Autofahrer zu schröpfen und Mobilität zu erschweren.

Die Verwaltung des Oberbürgermeisters Dr. Badenschier (SPD) schlägt vor, dass Lankow, die Gartenstadt, Neumühle, Krebsförden, Ostorf und noch mehr zu gebührenpflichtigen Parkgebieten werden. Dann muß jeder Einwohner einen Parkausweis haben. So sieht Autofeindlichkeit aus.

Eine riesige Chance mehr Parkflächen zu schaffen und so die Attraktivität der Innenstadt und die Verkehrssicherheit der Weststadt zu erhöhen, ließ man sei-

tens der Verwaltung ungenutzt vorüberziehen. Beim Erweiterungsbau des Landesgerichtes am Obotritenring werden keine Parkmöglichkeiten für die eigenen Angestellten und Bediensteten geschaffen. Sie werden weiterhin in der Weststadt zum Leidwesen der Anwohner jeden möglichen Parkplatz nutzen müssen. Eine öffentliche Tiefgarage hätte allen geholfen.

Leider setzte sich der zuständige Dezernent nicht genug dafür bei seiner Parteifreundin, der Justizministerin Frau Hoffmeister (CDU) als Bauherrin des neuen Gerichtspalastes, ein. Unsere Nachfragen in der Stadt und im Landtag deckten dies auf.

Fazit: Sichere Mobilität, lebendige Innenstadt, faires Verkehrsmanagement – das sind unsere Ziele. Neben einer nutzergerechten Verteilung der Verkehrsräume brauchen wir ein zukunftsweisendes Verkehrsmanagement. Weder darf eine Mobilitätsform absolut bevorzugt, noch eine andere bis zur Unmöglichkeit benachteiligt werden.

Wir stehen deshalb weiterhin für sicheren Verkehr und freie Fahrt für alle Bürger.



Steffen Beckmann, Stadtvertreter

Steffen Beckmann

.....
Eine Umfrage der Bewohner im Mueßer Holz und Neu Zippendorf brachte es ans Licht - das fehlende Licht. Genauer gesagt, sorgen sich viele Bürger um ihre Sicherheit. Ein wenig Abhilfe könnten dabei beleuchtete Wege bringen. Denn wir brauchen uns nichts vormachen, fast jeder kennt das mulmige Gefühl, dunkle Wege gehen zu müssen.

Aber nicht nur die Angst vor Überfällen ist es, die Forderungen nach besserer Beleuchtung laut werden lässt, sondern

Licht ins Dunkel bringen

auch der Aspekt, unfallfrei die Wege gehen oder radeln zu können. Gerade auch für die älteren Bewohner können dunkle Wege zu gefährlichen Stolperfallen werden.

Während unsere Industriegebiete ausgeleuchtet sind, als hätten die LKWs

kein Licht, so fehlt es oftmals gerade in Wohngebieten oder bei Fuß- und Radwegen an sinnvoller Beleuchtung. Die Gründe sind sehr unterschiedlich. Entweder gibt es schlichtweg keine Laternen oder aber vorhandene Laternen bleiben einfach aus. Egal worin das Problem liegt, es muss behoben werden und zwar schnell.

Lassen Sie uns Licht ins Dunkel bringen!

Petra Federau

Auszug: Unser Sozialpapier für Deutschland und MV

Am 28. November 2020 wurde auf unserem Sozialparteitag ein umfassendes Sozialpapier beschlossen, das die großen Themen dieses Landes und damit die Ursachen anpackt, statt nur an den Symptomen herumzudoktern.

Eltern unterstützen - Familien stärken!

Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 70er Jahre weit unterhalb des Niveaus von 2,1 Kindern. Bei einer aktuellen Geburtenrate von nur noch 1,2 würden wir ohne direkte Maßnahmen bald den Zusammenbruch der Sozialversicherungssysteme erleben.

Ursachen liegen in der finanziellen Mehrbelastung von Familien, einer schwach ausgeprägten Anerkennung von Müttern in der Gesellschaft und den hohen Abtreibungszahlen die meistens mit finanziellen Zukunftsrisiken begründet werden. Neben einer besseren Schwangerschaftsbegleitung müssen Adoptionsverfahren daher deutlich vereinfacht werden, um als Alternative zur Abtreibung stärker in Betracht zu kommen. jährlich verliert Deutschland durch Schwangerschaftsabbrüche mehr als hunderttausend Kinder, dies entspricht ganz Schwerin samt Umland!

Statt nun die in der Vergangenheit von der Bundesregierung politisch favorisierte Massenmigration von jungen, hauptsächlich männlichen Migranten weiter zu betreiben, forcieren wir den Erhalt einer zukunftsfähigen Demographie durch eine starke Familienpolitik.

Die AfD möchte daher besonders mit dem steuerlichen Familiensplitting einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik einleiten.

Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit sollen Eltern bei der Geburt eines jeden Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entspre-

chender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird. Abgerundet wird das Maßnahmenpaket durch einen früheren Renteneinstieg in Abhängigkeit von der Kinderzahl.

Das Kindergeld soll in der vorhandenen Form beibehalten, die vielfältigen Missbrauchsmöglichkeiten müssen aber unterbunden werden. Für im Ausland lebende Kinder gilt dann z. B. nur der dort übliche Betrag. Durch gestaffelte Lohnsubventionen an die Arbeitgeber vereinfachen wir den Wiedereinstieg von Eltern nach der Babypause.

Die späteren Leistungen der Kinder, insbesondere in der Rentenversicherung, kommen bisher aber vor allem den Kinderlosen zugute. Die AfD möchte hier einen Ausgleich herstellen, indem Familien für jedes Kind 20.000 Euro zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern.

Ehe und Familie sollen als Inhalt in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden. Jugendliche sollten früh über den Wert einer stabilen Familie informiert und ihnen kommunikativen Fähigkeiten vermittelt werden, um dies zu erreichen. Im Fall von Trennungen soll die gemeinsame Erziehung der Kinder an erster Stelle stehen. Wir wollen eine Stärkung der Väterrechte, damit auch Trennungskinder mit Bezugspersonen beider Geschlechter aufwachsen.

Bildung zukunftsfähig gestalten!

Bildungsinstitutionen müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – nämlich der jeweiligen Potenziale entsprechende Vermittlung und Weitergabe von Wissen, Kompetenz und Kultur in politisch neutraler und äußerlich differenzierter Umgebung. Mündige,

selbstdenkende Staatsbürger zu bilden, ist unser oberstes Bildungsziel.

Neben dem Erhalt des Bildungsstandortes Deutschland gilt es sich auch um die

Rettung der Rente zu kümmern. Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen bessergestellt werden als Personen, die größtenteils arbeitslos waren. Dies wird erreicht, indem nur 25 Prozent der Altersrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird. Auf diese

Weise wird Altersarmut verhindert oder zumindest deutlich verringert.

Das Rentenkonzept der AfD: Sicherheit statt Armut!

Nach unserer Auffassung ist der Renteneintritt eine individuelle Entscheidung. Manche gehen in ihrer Arbeit auf, haben großen Freude daran und wollen so lange wie möglich arbeiten.

Wir wollen deshalb jedem ermöglichen, länger zu arbeiten und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Arbeitgeber zum individuellen Wunschzeitpunkt den Ruhestand anzutreten. Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab. Wer länger arbeitet, bekommt entsprechend mehr Rente.

Da Altersarmut auch bei Selbständigen und Freiberuflern leider keine Seltenheit mehr ist, sollen auch sie in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden. Bei Nachweis einer privaten Altersvorsorge können Sie jedoch austreten bzw. die Beitragszahlungen suspendieren.

Um die Zahl der Rentenversicherungspflichtigen weiter zu erhöhen, fordern wir zukünftige Verbeamtungen auf ein Mindestmaß für allein hoheitliche Aufgaben zu reduzieren und damit die Rentenkasse zu stärken!



Thomas de Jesus Fernandes ist Abgeordneter der AfD-Fraktion im Landtag und Stadtvertreter.

Damit auch die private Vorsorge gestärkt wird, sollten Sparer frei entscheiden können, wie sie ihr Geld im Rahmen einer flexiblen kapitalgedeckten Altersvorsorge anlegen und die Mittel nach Erreichen des Rentenalters nutzen.

Jedes geborene Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit und Lebensmittelpunkt in Deutschland soll 100 Euro pro Monat bis zum 18. Lebensjahr auf ein verzinsliches Spardepot vom Staat eingezahlt bekommen. Die Höhe dieses Beitrags ist regelmäßig vom Gesetzgeber dem Verlauf der Inflation anzupassen und entsprechend zu erhöhen.

Gesundheitssystem reformieren: Krisenfest & Bezahlbar!

Neben Familienpolitik, Bildung und Rente ist aber auch das Gesundheitssystem stark sanierungsbedürftig.

Damit Qualität und Leistung stimmen, brauchen wir weiterhin den starken Wettbewerb eines „dualen Systems“ aus Gesetzlicher (GKV) und Privater (PKV) Krankenversicherung. Ein anstelle des MD zu schaffender, unabhängiger MDG (Medizinischer Dienst im Gesundheitswesen) soll für Versorgungsqualität und Kostenkontrolle sorgen.

Wichtig ist ebenso, die ambulante Versorgung effektiver zu gestalten. Statt fester Budgets soll eine Einzelleistungsabrechnung möglich sein. Auch das ähnlich starre Abrechnungssystem der „DRG-Fallpauschalen“ bedarf einer Flexibilisierung. Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen soll begrenzt werden, um auch die Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Verfügbarkeit und Sicherheit von Arzneimitteln in Deutschland nicht gewährleistet ist. Versorgungsrelevante Arzneimittel sollten zukünftig mindestens für einen Zwei-Monatsbedarf vorrätig gehalten werden. Arzneimittel gehören genauso wie Lebensmittel zur Grundversorgung, eine Besteuerung mit 7 Prozent MwSt. ist ausreichend. Oft belastet auch eine hohe Bürokratisierung die Patienten zusätzlich, daher befürworten wir

eine Zusammenlegung der gesetzlichen Pflege und Krankenversicherung auch, um Schnittstellenprobleme zu beheben.

In Würde altern & Pflegekräfte wertschätzen!

Die steigende Personalnot im Bereich der Pflege stellt uns vor große Herausforderungen. Lösungsmöglichkeiten sind etwa eine gesetzliche Personalbemessung für alle Pflegebereiche mit entsprechenden Personaluntergrenzen, Entlastung bei fachfremden Tätigkeiten, wie z.B. Dokumentationspflichten und Flächentarife, um nur einige Punkte zu nennen.

Fachkräfte für das Gesundheitssystem

Durch eine weitgehende Angleichung des Pflegegeldes an die Pflegesachleistungen könnten Pflegenden Angehörige ebenfalls zur weiteren Entlastung der Pflegedienste beitragen und gleichzeitig mehr Gerechtigkeit schaffen.

Seit Jahren benötigen wir immer mehr

medizinischer Personal aus dem Ausland, um unser inländisches Defizit an Fachkräften zu kompensieren. Hier jedoch fordern wir ganz entschieden, zukünftig stärker auf Sprachkenntnisse (C1) und den Nachweis von Fachkenntnissen zu achten. Es muss sichergestellt werden, dass die fachliche Qualifikation uneingeschränkt dem deutschen Standard genügt.

Um weitere Belastungen des Gesundheitssystems durch eingeschleppte Infektionskrankheiten (wie z.B. TBC) zu verhindern und zum Schutz der Bevölkerung, fordern wir ein einheitliches Gesundheitsschutzprogramm, für das der jeweilige EU-Zutrittsstaat zuständig ist.

Schlussendlich fordern wir auch eine umfassende Reform der WHO und ihrer Finanzierung, um Unabhängigkeit und Neutralität in der wichtigsten Gesundheitsorganisation wiederherzustellen.

Thomas de Jesus Fernandes

Bilder: pixabay.de; afd.de

**Das brandneue
AfD-Rentenkonzept**

- ✓ 20.000€ Beitrags-Erstattung pro Kind!
- ✓ Abschaffung der Politikerpensionen!
- ✓ Flexibler Renteneintritt!
- ✓ Mehr Rentenpunkte bei späterem Renten-Alter!
- ✓ Altersvorsorge für Selbständige!
- ✓ Ungerechtigkeiten bei Ost-Renten beseitigen!
- ✓ Geringverdiener besser stellen!

AfD

Martin Schmidt - AfD-Direktkandidat für den Wahlkreis Schwerin 08:



Was läuft falsch?

Die volkswirtschaftlichen Kennzahlen und die gesamtgesellschaftliche Bilanz dieser SPD-dominierten Regierung sind **verheerend**. Seit zwei Jahrzehnten stagniert die Wirtschaft. **Die Löhne sind im Keller, die Jugend zieht weg. Sicherheit und Demokratie sind gefährdet** durch unkontrollierte Zuwanderung. Zu allem Übel legte Ministerpräsidentin Schwesig das Land noch **durch einen überzogenen „Lockdown“** lahm, ohne auch nur ansatzweise die vulnerablen Gruppen vor Covid-19-Erkrankungen zu schützen. Die leeren Ladenflächen können wir überall sehen.

Das Nettovermögen bzw. das Eigentum unserer Bürger ist verschwindend gering. Der soziale Aufstieg für die unteren Einkommenschichten ist verbaut. Besonders brisant ist es in Schwerin: **Unsere Stadt steht deutschlandweit an der Spitze der sozialen Segregation!**

Martin Schmidt

*32 Jahre alt,
Wohnt mit Lebensgefährtin und
Kind in der Weststadt,
Diplom-Kaufmann,
Zertifizierter Journalist,
Parl. Berater der AfD-Fraktion
im Landtag MV*

Politische Laufbahn:

*2013:
Eintritt in die AfD*

Sachkundiger Einwohner im
städtischen Finanz- und
Rechnungsprüfungsausschuss

*Seit 2019:
Vorsitzender des
AfD-Kreisverbandes
Schwerin*

Meine Ziele und Lösungen im Landtag

- **unsinnige, parteitaktische Freigiebigkeit** in Form von Corona-Nachtragshaushalten **beenden**.
- **Strategie-Fonds und Vorpommern-Fonds abschaffen**.
- Schwesigs **politisches Personalgeschachere** in den Ministerien, Landesunternehmen und Landesbeteiligungen **unterbinden**.
- **schlanker Staat und fokussierte investive Ausgaben** im Bereich Bildung, Infrastruktur und Sicherheit.
- Gewerbliche **Wirtschaft und den Tourismus in Schwerin ausbauen**.
 - Schwerin braucht endlich **Welterbestatus!**
 - Attraktoren für **junge Fachkräfte** schaffen und gute „harte Standortfaktoren“ für **Industrie und verarbeitendes Gewerbe**.
 - Private Hochschulen gehören in die Stadt, aber auch eine **Landeshandwerkschule**.
- Der **Olympiastützpunkt und Wassersport müssen gefördert** werden. Dies schafft weiteren **Heimatstolz** und erhöht unsere **Lebensqualität**.

Petra Federau - AfD-Direktkandidatin für den Wahlkreis Schwerin 09:

Dafür stehe ich:

Zuallererst und von Anbeginn stehe ich **für Bürgernähe!** Nur so ist Politik **FÜR** die Bürger möglich!

Als Mutter ist mir natürlich die **Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen** besonders wichtig. Der **Schutz und die Förderung der Familie** sowie das Thema Bildung sind deshalb für mich ein herausragendes Thema. Deshalb bereiten mir die seit mittlerweile einem Jahr anhaltenden Corona-Verordnungen große Sorgen, da sie eine **extreme Belastung für die Psyche der Kinder und Jugendlichen** bedeuten. Kinder brauchen ihre Freunde, sie brauchen ihren Sport und andere ausgelassene Freizeitaktivitäten und vor allem brauchen sie wieder den **regelmäßigen Schulbesuch**. Ich will, dass die Kinder endlich wieder frei und unbeschwert lachen können!

Weitere Kernthemen sind für mich die Stärkung und Förderung der einheimischen Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen und kleinen Unternehmen sowie die **Migrationspolitik**.

Eine weitere **unkontrollierte Zuwanderung in unsere Sozialsysteme** muss unbedingt verhindert werden. Denn gerade auch Schwerin mit seiner Erstaufnahmeeinrichtung in Stern Buchholz spürt, sieht und erlebt tagtäglich die Folgen der seit 2015 anhaltenden Migrationskrise. **Das vertraute Leben sowie die Sicherheit und Unbeschwertheit sind in Gefahr**. Die Politik muss endlich aus ihren Fehlern lernen. Wenn wir also tatsächlich die Probleme lösen wollen, dann muss endlich ehrlich und ungeschönt der Realität ins Auge geschaut und die Reißleine gezogen werden. Und dazu gehört zu allererst, **dass kriminell gewordene Asylbewerber sofort abzuschieben sind** und dass nicht bleibeberechtigte, integrationsunwillige Personen umgehend das Land zu verlassen haben.

Deutschland muss wieder **FÜR die Interessen Deutschlands** eintreten - und somit **FÜR die eigenen Bürger!**

Drei für mich wichtige Sprichworte:

Wer für die kleinen Dinge zu groß ist, ist für die großen Dinge zu klein.

und

Wenn die Klügeren immer nachgeben, regieren irgendwann die Dummen.

und

Willst Du den Charakter eines Menschen erkennen - so gib ihm Macht.



Petra Federau

*Gebürtige Schwerinerin
Verheiratet, vier Kinder*

Vita:

*Ausbildung beim Energieversorger
Angestellte bei der WEMAG AG*

Selbstständig

Wahlkreismitarbeiterin

Politische Laufbahn:

*2013:
Eintritt in die AfD*

*Seit 2014:
Stadtvertreterin*

*Mitglied in den Ausschüssen
Jugendhilfe sowie Bildung, Sport und
Soziales*

*Seit 2019:
Kreisvorsitzende der
AfD Schwerin*

*Seit 2020:
Fraktionsvorsitzende
der AfD-Stadtfraktion*

Den Kindern ihr Lachen zurückgeben!

Wenn Kitas und Schulen geschlossen sind, wenn Kinder nicht mehr mit ihren Freunden spielen dürfen, wenn Jugendliche keine Möglichkeiten haben, Gleichaltrige zu treffen, sich für einen ersten Freund schön zu machen, die erste Jugendliebe zu erleben, wenn Ereignisse wie Jugendweihen einfach ausfallen, Fußballspielen und andere Sportarten verboten sind, wenn Kinder sich wie Kriminelle heimlich treffen, um nicht zu vereinsamen, wenn Kindergeburtstage durch anschwärmende Nachbarn mit der Polizei aufgelöst werden, dann grenzt dieses an Kindeswohlgefährdung.

Die Kindheit sollte eigentlich die schönste Zeit im Leben sein. Die Zeit, an die wir uns immer gerne erinnern. Die mittlerweile ein Jahr andauernden Corona-Verordnungen der Regierung, die Kita-, Schul- und Vereinsschließungen, die Isolation nehmen den Kindern ihre Unbeschwertheit, sie berauben sie ihrer Kindheit.

Wir fordern deshalb von den regierenden Landesparteien eine stärkere Berücksichtigung der Situation von Kindern und Jugendlichen während und nach Corona - und ganz besonders eine Rückkehr zur Normalität.

Als Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt habe ich mehrfach den mangelnden Fokus auf die Probleme der Heranwachsenden in der Landes- und Stadtpolitik kritisiert.

Kinder und Jugendliche brauchen für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihres Sozialverhaltens die Interaktion mit

Gleichaltrigen. Infolge des Lockdowns hat die Zahl der psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen stark zugenommen. Es ist notwendig und längst überfällig, das Augenmerk verstärkt auf die negativen Auswirkungen des Lockdowns auf die jungen Mitglieder unserer Gesellschaft zu legen.

Aktuelle Studien belegen zudem, dass Schulen keine Corona-Infektionsherde sind. Auch die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie und die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene kommen in ihrer jüngsten Stellungnahme zur Rolle von Schulen und Kindertagesstätten in der COVID-19 Pandemie zu dem Schluss, dass auch bei hohen Infektionszahlen Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder und Jugend-

liche geöffnet bleiben können, wenn die Hygieneregeln eingehalten werden.

Wir fordern deshalb sowohl von der Stadtspitze als auch von den regierenden Parteien im Land, Maßnahmen zu treffen, um die Lage der jungen Generation entscheidend zu verbessern. Wir sind es unseren Kindern schuldig, ihnen ihr gewohntes Leben zurückzugeben!“

Die AfD-Stadtfraktion plädiert daher für die Erarbeitung von landesweiten Strategien zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen des Lockdowns auf Kinder und Jugendliche und für die Öffnung von Schulen, Vereinen und Freizeiteinrichtungen im Kinder- und Jugendbereich.

Petra Federau



Bild: pixabay.de



Bild: privat

Für Sie im Einsatz!

Ein schönes Wohnumfeld - das wünschen sich die meisten Bürger.

Nachdem wir wieder ein SOS von Anwohnern des Dreeschs aufgrund verdreckter Müllplätze erhielten, konnten wir uns diesmal überzeugen, dass SDS und SAS wieder sofort gehandelt hatten. So brauchten wir diesmal nicht selbst Hand anlegen und konnten unsere Arbeitshandschuhe wieder einpacken.

Deshalb ein großes Dankeschön an die fleißigen Mitarbeiter der Abfallwirtschaft, die einen wirklich tollen und wichtigen Job machen!

Auch wenn es manchmal scheinbar nur kleine Probleme sind, können sie sich zu einem großen Problem entwickeln und die Lebensfreude der Bürger trüben.

Wir sind für Sie da und versuchen zu helfen! Ein kurzer Anruf oder eine Nachricht genügen!

Petra Federau

Die EU, Frau Merkel, die Altparteien und unsere Rente

-

Ein Meinungsbeitrag von Dr. Peter Bossow



Bild: pixabay.de

Als Frau Merkel vor 16 Jahren die Kanzlerschaft übernahm, fand sie eine funktionierende Wirtschaft und einen ausgeglichenen Staatshaushalt vor. Mit anderen Worten: Die beste aller Welten für eine Regierungschefin. Sie hatte damals keine ernsthaften Probleme. Nur die eine Aufgabe, die nicht erledigt war: die dringende Reform unseres Rentensystems.

Diese Aufgabe hat sie in trauter Gemeinschaft mit den Altparteien ignoriert. Getreu dem Motto von Norbert Blüm: Die Rente ist sicher. Über die Höhe der sicheren Rente reden wir aber nicht.

Nach durchschnittlich 45 Arbeitsjahren kommt ein Arbeitnehmer im Durchschnitt monatlich in Deutschland auf 1264 Euro bei 19,1 Bezugsjahren männlich und 22,5 Bezugsjahren weiblich. In Italien sind es 1724 Euro bei 22,7 Bezugsjahren (m) und 26,9 Bezugsjahren (w). In Spanien 1507 Euro bei 21,7 Bezugsjahren (m) und 26,6 Bezugsjahren (w). In Frankreich 1636 Euro bei 22,7 Bezugsjahren (m) und 26,9 Bezugsjah-

ren (w)¹. Eine durchschnittliche, deutsche Rentnerin kommt demnach auf insgesamt 341.280 Euro², eine Italienerin auf 556.507 Euro Rente³. Eine immerhin stattliche Summe von 215.227 Euro bekommt die italienische Durchschnittsrentnerin mehr.

Ich meine: Die Rentengerechtigkeit sollte in Europa ein Thema von Frau Merkel und den anderen politischen Verantwortlichen sein.

Bei ca. 18 Millionen Rentnern hierzulande und der Rentendifferenz von 460 Euro monatlich (im Vergleich zu den Italienern) kommen wir auf 99,36 Milliarden jährlich. Wir reden also von rund 100 Milliarden Euro, um die unsere Rentner jährlich betrogen werden, denn sie haben mindestens genauso fleißig gearbeitet wie unsere italienischen EU – Mitbürger. Die Rentendifferenz zu Italien müsste daher mit Steuergeldern ausgeglichen werden, da eine Angleichung der Rentensysteme in der EU aus Ignoranz unserer Politikerkaste nicht erfolgt ist.

Aber Frau Merkel, die Altparteien und die Brüsseler Kommissare hat das nie gestört. Solange der Deutsche Michel arbeitet, kann man ihn später mit einer kleinen Rente abspesen.

Deutschland hätte ohne diesen Rentenbetrug nämlich keine schwarze Null im Bundeshaushalt und könnte unserer Steuergelder nicht für alle möglichen unnötigen Subventionen ausgeben, welche überall ankommen - aber nur nicht bei den eigenen Bürgern. Und vor allem unsere Rentner würden mit einem Rentendurschnitt von 1724 Euro pro Monat auch keine Altersarmut mehr kennen.



Dr. Peter Bossow
ist Beisitzer im
Vorstand des KV
der AfD in Schwerin
und Stadtvertreter.

Dr. Peter Bossow

Quelle:

¹Focus Money 53/1 und Welt Online vom 03. Januar 2021).

²22,5 Bezugsjahre á 12 Monate 1264 € = 341.280 €

³26,9 Bezugsjahre á 12 Monate 1724 € = 556.507 €

Schwerin an Bahn-Fernverkehr ankoppeln!

Gute Verkehrsinfrastruktur bildet einen der wichtigsten Schlüssel, um Schwerin und Westmecklenburg attraktiver zu machen.

Dazu braucht es endlich auch einen direkten Anschluss an das Fernverkehrsnetz der Bahn. Heute kommt man per Zug nach Berlin ohne Umsteigen nur per „Bummelzug“. Dabei konnten wir Schweriner selbst zu DDR-Zeiten mit dem Petermännchen-Express in zwei Stunden direkt in die Hauptstadt fahren. Als Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Verkehrsausschusses ist es mir ein Anliegen, neue Chancen zu ergreifen. Und diese Chance

Schwerin an den Bahnfernverkehr anzukoppeln: über eine Verbindung Kopenhagen-Lübeck-Schwerin-Berlin. Bisher scheint es leider wenig Interesse an einer solchen Linie zu geben, obwohl genau diese Strecke in Gutachten bereits



Bild: pixabay.de

verzeichnet ist. Die Deutsche Bahn winkt ab. Sie möchte den Verkehr komplett über das Kreuz Hamburg leiten, dabei ist das schon jetzt notorisch überlastet.

Wozu haben wir eigentlich MV-Politiker im Aufsichtsrat der DB sitzen (Rehberg, CDU)?

Wir brauchen hier intensive „Lobbyarbeit“ für Schwerin! Ich selbst habe in mehreren Gesprächen mit dem dänischen Botschafter dafür geworben, dass Dänemark eine solche Linie für ihre Staatsbahn prüfen möge. Noch haben wir zwar etwas Zeit bis zur Fertigstellung der Projekte, aber die Weichen für unsere Zukunft werden heute gestellt. Ob am Ende die dänische Staatsbahn, die Deutsche Bahn oder eine private Gesellschaft die Strecke bedient, soll uns egal sein.



Leif-Erik Holm ist Abgeordneter der AfD im Bundestag und Landessprecher der AfD MV.

Aber eine schnelle Verbindung nach Berlin, Lübeck und Kopenhagen, und alles ohne Umstieg, das wäre ein wirklicher Meilenstein für Westmecklenburg! Dafür werde ich mich weiter in Berlin starkmachen.

Leif-Erik Holm

Niemand soll unverschuldet frieren müssen!

Kürzlich wurde durch einen öffentlichen Hilferuf von Mietern der Ziolkowskistraße und Marie-Curie-Straße bekannt, dass der Eigentümer ihrer Wohnungen die durch die Mieter geleisteten Vorauszahlungen für Fernwärme trotz mehrfacher Mahnungen nicht an die Stadtwerke weitergeleitet hatte.

Deshalb wurden die Mieter durch die Stadtwerke über die anstehende Sperre der Fernwärmeversorgung informiert. Laut Information des städtischen Betriebes hätte die Wärmeabschaltung nur durch Zahlung seitens des säumigen Vermieters oder durch einen gemeinschaftlichen Schuldbetritt der betroffenen Mieter verhindert werden können.

Mit zusätzlichem Druck seitens der Stadtpolitik konnte die geplante Sperre zum Glück verhindert werden. So sicher-

te der Chef der Stadtwerke telefonisch zu, dass es zu keiner Einstellung der Fernwärmeversorgung kommen wird. Die neue Hausverwaltung übernimmt die Schulden und die Mieter können zukünftig direkt die Abschläge an die Stadtwerke zahlen.

So glimpflich die Angelegenheit für die betroffenen Mieter auch ausgegangen ist, so bleiben doch etliche rechtliche Fragen im Raum stehen. Denn was hier passiert ist, kann schon morgen auch anderen Mietern widerfahren. Deshalb hat sich unsere Fraktion mit einer Anfrage an die Verwaltung gewandt, deren Beantwortung hoffentlich Licht ins Dunkel bringen wird. Es ist für alle Mieter in Schwerin von Interesse, inwieweit sie für Schulden Ihres Vermieters zur Kasse gebeten werden können. Ist zum Bei-

spiel die Abwälzung von ausstehenden Zahlungen auf Mieter rechtlich zulässig, wenn sie selbst keine Vertragspartner der Stadtwerke sind oder gibt es den Weg der Klage gegen säumige Vermieter seitens der Stadt als Eigentümerin der Stadtwerke, um Mieter vor solchen Doppelzahlungen zu schützen? Und zu guter Letzt geht es auch um die rechtliche Situation von ALG II-Empfängern, deren eingeschränkte Zahlungsfähigkeit eine solche Doppelbelastung nicht ermöglicht.

Übernimmt die Stadt als Leistungserbringer der Kosten der Unterkunft die Zahlungen und hätte sie in einem solchen Fall ein Anrecht auf späteren Zahlungsausgleich durch die Mieter?

Wir bleiben dran. Versprochen!

Petra Federau

AfD Schwerin startet die Aktion „Bücher für Deutschland“

Jeder kennt die bekannten Bücherzellen oder öffentlichen Bücherschränke bei sich in der Nachbarschaft.

Zusammen mit vielen anderen AfD-Mitgliedern aus Mecklenburg-Vorpommern, wollen wir die Bevölkerung dazu animieren häufiger ihre Bücher in öffentlichen Bücherschränken zu tauschen und persönliche Empfehlungen für Bücher über Soziale Netzwerke unter dem Hashtag #bücherfürdeutschland zu teilen.

Den Auftakt machten die beiden Kreissprecher Petra Federau und Martin Schmidt mit Büchern von Ernst Moritz

Arndt, Birgit Kelle und Dr. Rainer Rothfuß. Am Platz der Freiheit und am Berliner teilten sie ihre Bücher.

Wer seine Bücher teilt, der macht so auch direkt Werbung für Verlage und Autoren. Wir wollen so auch auf die coronabedingte Krise im Buchhandel hinweisen. Interessante Bücher können beim Buchhändler um die Ecke bestellt und abgeholt werden.

Außerdem ist es doch schade, wenn man Wissen oder spannende Geschichten zu Hause hortet, statt sie seinen Nachbarn weiterzuleiten.

Die Idee öffentlicher Bücherschränke begrüßen wir und sie sollte flächendeckend ausgebaut werden.

Also wie geht es?

- 1. Buch nehmen.**
- 2. Foto des Buches machen.**
- 3. Buch im öffentlichen Bücherschrank für Nachbarn ablegen.**
- 4. Buch im Netz weiterempfehlen mit dem Hashtag #bücherfürdeutschland**
- 5. Bei der nächsten Buchbestellung an den kleinen Händler denken!**

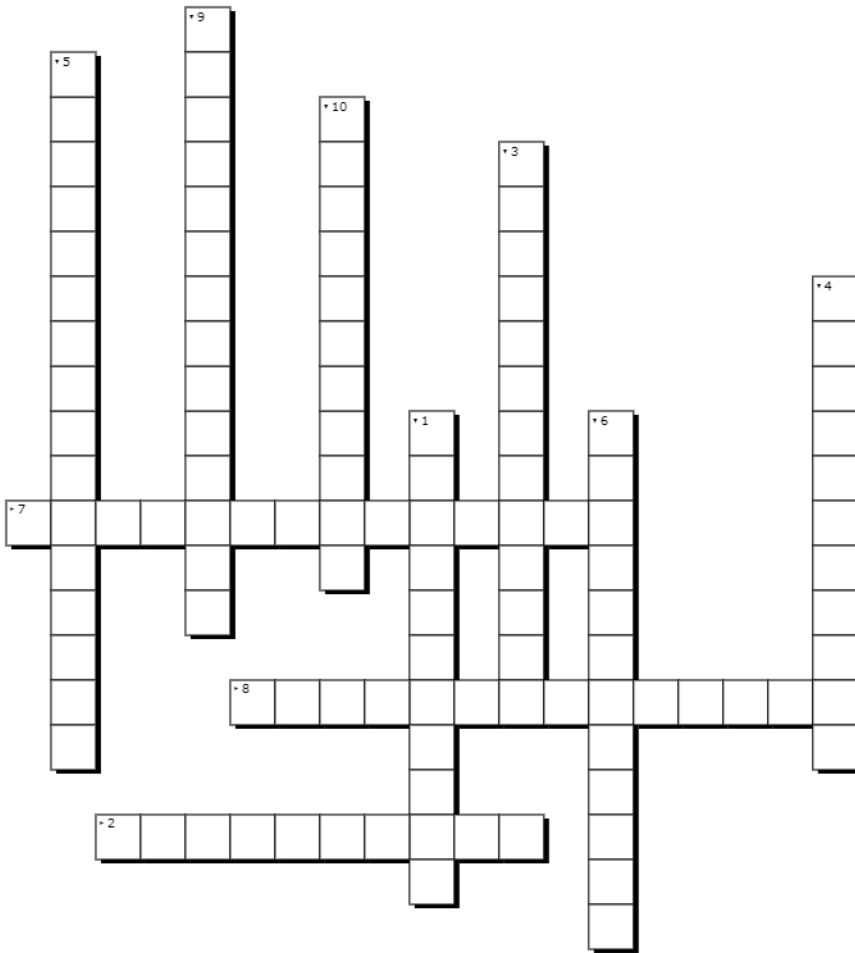


#bücher für deutschland



Bild: privat

Rätselspaß mit der AfD!



1. Schweriner Gewässer
2. Sportplatz in Schwerin
3. Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes
4. Schweriner Stadtteil
5. Platz in Schwerin
6. Am 29. September ist...
7. Der Schlossgeist heißt...
8. Am 26. September ist auch...
9. Das Schweriner Kulturensemble soll...werden
10. See nordwestlich von Schwerin

Impressum

V.i.S.d.P.:
AfD-Kreisverband
Schwerin

Friedrichstraße 14
19053 Schwerin

Mail:
kontakt@afd-sn.de

Tel.: 0385 – 555 873 70
Internet: afd-sn.de

Verantwortlich:
Petra Federau,
Martin Schmidt

Ihre Spende für die AfD!

Mit Ihrer Spende unterstützen Sie direkt den Kreisverband der AfD Schwerin und seine politische Arbeit.

Empfänger:

Kreisverband SN

Konto: 1713819917

BLZ: 14052000

IBAN:

DE33140520001713819917

BIC:

NOLADE21LWL

Bank:

Sparkasse

Mecklenburg-Schwerin

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Bild: Marlene Leppänen, Symbolfoto

Entdecke den Patriot in Dir!

Du bist 14 Jahre oder älter?

Politik aktiv mitgestalten. Für Deutschland. Für Mecklenburg-Vorpommern. Für Deine Zukunft!

Kontakt:
Robert Schnell - Landesvorsitzender
Nico Jahnke - stellv. Landesvorsitzender
E-Mailadresse:
junge.alternative.mv@gmail.com

Jetzt Mitglied werden!
Nebenstehenden QR-Code scannen,
Mitgliedsantrag für die
Alternative für Deutschland ausfüllen und
für unser Land und unsere Kinder engagieren!



Die AfD Schwerin im Internet und in den sozialen Medien



<https://afd-sn.de>



<https://www.facebook.com/AfD.Mecklenburg.Schwerin>



<https://www.instagram.com/afd.schwerin/>

